

# Angeregte Asylrechtsdiskussion



Moderator René Meier (links) mit den Gästen Denise Graf und Patrice de Mestral, die das neue Asylgesetz bekämpfen. (chh)

Das Forum Christ und Politik thematisierte am vergangenen Donnerstagabend die bevorstehende Abstimmung über das neue Asylgesetz.

Zu Beginn der Diskussionsrunde vermutete René Meier, der moderierend durch den Abend führte, es gebe im Publikum bestimmt einige, die sich etwas mehr als eine Woche vor der Abstimmung über das neue Asylgesetz noch unentschieden zwischen Stuhl und Bank wähnen würden. Die Veranstaltung im Kirchgemeindehaus Kreuz hatte zum Ziel, all jenen die Meinungsbildung zu erleichtern. Auf dem Podium vertraten EVP-Nationalrat Walter Donzé und SVP-Kantonsrat Claudio Schmid die Seite der Befürworter des neuen Gesetzes. Der Gefängnis- und Polizeiseelsorger Patrice de Mestral und Denise Graf, die bei Amnesty International für die Flüchtlingskoordination zuständig ist, sassen ihnen als Vertreter des gegnerischen Lagers gegenüber. In Bezug auf den viel diskutierten Artikel 32 des Gesetzes, der eine Frist von 48 Stunden zur Einreichung von

Identitätspapieren vorschreibt, warf René Meier die Frage in die Runde, wie realistisch es sei, in der Schweiz in dieser Zeit einen Pass ausgestellt zu bekommen. Patrice de Mestral meinte lakonisch, es sei eine Illusion, zu glauben, die ganze Welt sei gleich wie die Schweiz mit Gemeindekanzleien organisiert.

## Das Problem mit der Identität

Als EVP-Nationalrat sprach Walter Donzé aus der Optik der Bundespolitik und entgegnete, man dürfe nicht vergessen, dass die Schweiz neben der Menschenwürde auch ihre Rechtsstaatlichkeit wahren müsse. Es könne darum nicht sein, dass einer, der seine Identität nicht nenne, letztlich besser dastehe als ein anderer, der ehrlich sei. Denise Graf wusste derweil von Fällen zu berichten, bei denen traumatisierende Erlebnisse es verunmöglichten, dass die Flüchtlinge schon an der Empfangsstelle glaubhaft über sich und ihre Herkunft Auskunft geben konnten. Diese Menschen würden nicht mehr ins Verfahren aufgenommen werden, befürchtete sie. Auch die neu bis zu zwei Jahre dauernde Ausschaffungshaft kam in der Diskussion zur Sprache. Im Gegensatz zu Claudio

Schmid bezweifelte Denise Graf, dass solch repressive Massnahmen dazu führen, dass abgewiesene Asylbewerber vor ihrer Ausschaffung Auskunft über ihr Herkunftsland geben. Sie wies zudem auf die hohen Kosten der Haftstrafen hin, die in ihren Augen in keinem Verhältnis zu deren Nutzen stünden.

## Vorwürfe und lautere Töne

Claudio Schmid äusserte die Meinung, das Gesetz sei ein wichtiger Schritt zu einer vernünftigeren Asylpolitik, in der es gegenwärtig falsche Anreize gebe. Dies führe dazu, dass die Zuwanderung nicht mehr in den Arbeitsmarkt, sondern ins Sozialsystem erfolge und im Asylwesen eine Missbrauchsquote von 80 Prozent zu beklagen sei, sagte er. Diese Zahl wurde von Denise Graf sogleich energisch in Abrede gestellt. Noch etwas lauter wurde die angeregte Diskussion, als Schmid seinen Kontrahenten vorwarf, sie seien Vertreter einer Industrie, die vom Asylwesen profitiere. Umgehend bezeichnete Patrice de Mestral die Plakatkampagne der SVP als skandalös, weil sie Ängste schüre und die Bevölkerung verunsichere. (chh)